



HESSISCHER LANDTAG

16. 08. 2021

Kleine Anfrage

Yanki Pürsün (Freie Demokraten) vom 21.07.2021**Aufsuchende Jugendarbeit in Hessen****und****Antwort****Minister für Soziales und Integration**

Vorbemerkung Fragesteller:

Von 2017 bis 2021 förderte das Land Hessen die empirische Studie „Wozu Jugendarbeit? Untersuchung zu den Potentialen und zum Nutzen Offener Kinder- und Jugendarbeit“. Die Studie sollte „Aufschlüsse darüber eröffnen, welchen Stellenwert die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bezug auf den Prozess des Heranwachsens junger Menschen gegenwärtig besitzt und welche Bedeutung ihr im Hinblick auf Verselbständigung, Selbstpositionierung und Einbindung in das demokratische Gemeinwesen zukommen kann.“

→ <https://www.bsj-marburg.de/tagung-wozu-jugendarbeit>

Am 6. Mai wurde die Studie in einer Onlineveranstaltung vorgestellt.

Die Vorbemerkung des Fragestellers vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus der Studie für ihre Arbeit?

Entsprechende Studien haben stets zum Ziel, Bestandsaufnahmen zu ziehen und Impulse für den jugendpolitischen Diskurs zu geben. Dies entspricht dem gesetzlichen Auftrag des Landes, die Fortentwicklung der primär in Verantwortung der Kommunen und freien Träger umgesetzten Jugendarbeit anzuregen und zu fördern. Das Ziel der Studie war eine vertiefte Befassung mit einem Handlungsfeld der Kinder- und Jugendarbeit, der Offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Autorinnen unterstreichen deren auch in der weiteren Jugendforschung herausgestellten Stellenwert für das Aufwachsen, die Verselbständigung und Selbstpositionierung junger Menschen und heben die Notwendigkeit des durch die Jugendarbeit ermöglichten sozialen Miteinanders und der damit verbundenen Freiräume für diese Entwicklungsprozesse hervor. Die Studie bietet exemplarische Einblicke in die organisatorische und fachliche Ausgestaltung Offener Kinder und Jugendarbeit anhand von sechs Fallbeispielen, die zugleich in einen Bezug zur übergreifenden Forschungslage gesetzt werden. Auf dieser Grundlage können von den Autorinnen trotz der notwendigen Beschränkung des Untersuchungsgegenstands grundsätzliche Befunde zu Gestaltung positiver Rahmenbedingungen für Offene Kinder- und Jugendarbeit herausgearbeitet werden. Es ist Ziel dieser Studie, dass sich die verantwortlichen Akteure auf allen Verantwortungs- und Handlungsebenen (Fachkräfte, Einrichtungen, Träger, Kommunen, Land) mit diesen Befunden auseinandersetzen und diese in ihre Arbeit aufnehmen. Wichtige, die Landesebene betreffende Aspekte – wie die Durchführung wissenschaftlicher Studien zur Jugendarbeit, die Förderung modellhafter Vorhaben oder das Angebot überörtlicher Fortbildungen und Veranstaltungen – sind bereits Gegenstand der Aktivitäten des Landes und können im Lichte der Studienergebnisse und im Austausch mit den Akteuren der Jugendarbeit fortentwickelt werden (s. Beantwortung zu den Fragen 2 und 3).

Frage 2. Wie bewertet die Landesregierung die aufsuchende Jugendarbeit derzeit und wo sieht sie dringenden Handlungsbedarf?

Frage 3. Sieht die Landesregierung die aufsuchende Jugendarbeit in Hessen als flächendeckend ausreichend gesichert an?

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam wie folgt beantwortet:

Es ist zunächst festzustellen, dass die Studie sich nicht mit aufsuchender, mobiler Jugendarbeit, sondern mit offener Kinder- und Jugendarbeit am Beispiel von sechs Jugendhäusern befasst. Diese haben, wie die Studie zeigt, unter den Bedingungen der Corona-Pandemie in ihre Arbeitspraxis

vermehrt Methoden der aufsuchenden Jugendarbeit aufgenommen, um junge Menschen weiterhin zu erreichen. Nach Bewertung der Autoren haben sich die untersuchten Jugendhäuser in dieser Hinsicht als „krisenfest“ gezeigt. Vergleichbare Eindrücke anhand von Fallbeispielen bietet auch die seitens des Landes finanzierte Publikation der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte „Offene Kinder- und Jugendarbeit unter Corona-Bedingungen. Geht das? Ja klar! Praxisbeispiele aus Hessen“ (2021). Im Vorwort stellt das Jugendbildungswerk der Landesarbeitsgemeinschaft fest: „Viele Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit haben schnell gehandelt und alle Ressourcen mobilisiert, die ihnen zur Verfügung standen, um weiterhin Angebote für benachteiligte Kinder und Jugendliche vorhalten zu können, auch unter erschwerten Bedingungen. Durch ihr schnelles Handeln haben sie maßgeblich dazu beigetragen, dass viele junge Menschen Unterstützung in dieser schwierigen Zeit erhalten haben.“

Zur Jugendarbeit in ihren heterogenen, häufig nicht strikt voneinander abgrenzbaren Organisations- und Arbeitsformen liegt ebenso wie zum Teilsegment der aufsuchenden, mobilen Jugendarbeit keine wissenschaftliche Auswertung vor. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der kommunalen Verantwortung für die Jugendhilfeplanung und die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots in der jeweiligen Region ist keine abschließende Bewertung möglich. Die amtliche Statistik weist insgesamt auf ein breit ausgebautes Angebot der Jugendarbeit in Hessen hin. Für 2019 werden insgesamt 16.828 Angebote der Jugendarbeit mit 713.399 Teilnehmenden, davon 1.850 offene Angebote angeführt. Die in der Statistik aufgeführten 1.850 offenen Angebote mit 55.776 Stammesbesucher/innen gliedern sich im Einzelnen auf in 385 Jugendzentren, 673 Jugendtreffs/Stadtteiltreffs, 21 Jugendfarmen/Abenteuerspielplätze, 38 Jugendkulturzentren/Jugendkunst oder Musikschulen, 396 sonstige einrichtungsbezogene Angebote, weiterhin 97 Spiel-/Sportmobile, 40 Einrichtungen oder Initiativen der mobilen Jugendarbeit und 200 sonstige aufsuchende Angebote. Derzeit leben 1.248.867 Menschen im Alter von 0-21 Jahren in Hessen, davon 882.973 im für die Angebote der Jugendarbeit besonders relevanten Alter von 6-21 Jahren (Quelle: Statistisches Landesamt). Diese Zahlen geben Anhaltspunkte dafür, dass die unterschiedlichen offenen, gruppen-, projekt- oder veranstaltungsbezogenen Angebote der Jugendarbeit einen erheblichen Anteil der Kinder und Jugendlichen in Hessen erreichen. Zugleich wird in der jugendpolitischen Diskussion und Forschung aber auch darauf hingewiesen, dass durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung und von schulischen Ganztagsangeboten auch Alternativen zum Feld der Jugendarbeit entstehen. Angebote der offenen Jugendarbeit stehen, wie die Jugendhilfestatistik und auch die vorliegende Studie zeigt, allerdings vielfach in Kooperationsbeziehungen mit Schulen.

Eine 2019 veröffentlichte Studie des Kommunalverbandes Jugend und Soziales Baden-Württemberg zur kommunalen Jugendarbeit in diesem Bundesland, die auf Daten aus den Jahren 2016/2017 beruht, verweist, ohne eine Differenzierung nach Angebotsarten vorzunehmen, auf eine vergleichsweise gut ausgebaute Jugendarbeit in Hessen. Danach hatte Hessen die bundesweit höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Jugendarbeit (bezogen auf die sechs- bis 21-Jährigen) und auch der Anteil der Ausgaben für Jugendarbeit an den Gesamtaufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe lag in Hessen am höchsten. Auch in Bezug auf die Ausgaben für Jugendsozialarbeit lag Hessen deutlich und in Bezug auf die Anzahl der Einrichtungen der Jugendarbeit leicht über dem Bundesdurchschnitt. Bei der Anzahl der umgerechneten Vollzeitstellen in Einrichtungen pro sechs- bis 21-Jährigem lag Hessen hingegen knapp unter dem Bundesdurchschnitt (vgl. KVJS Berichterstattung: Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg. Berichterstattung 2019. Stuttgart 2019). Insgesamt wird bundesweit in den vergangenen Jahren eine leichte Steigerung der Ausgaben und des Personals im Bereich der Jugendarbeit verzeichnet, die aber nicht der Ausbaudynamik in einigen anderen Leistungsbereichen der Kinder- und Jugendhilfe entspricht, weshalb in der jugendpolitischen Diskussion immer wieder die Frage der ausreichenden Bedarfsgerechtigkeit der Angebote aufgeworfen wird. Der Jugendforschung zufolge bleibt derzeit noch offen, ob eine dauerhafte Expansion bzw. Konsolidierung oder eine Stagnation der Jugendarbeit zu erwarten ist (vgl. z.B. zur Auswertung der Kinder- und Jugendhilfestatistik: KOMDat/Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, 1/2020 und 1/2021; Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik: Kinder- und Jugendhilfereport Extra 2021. Dortmund 2021).

Die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots an unterschiedlichen Angeboten der Jugendarbeit obliegt insgesamt der kommunalen Selbstverwaltung, so dass eine tatsächliche Bewertung der Bedarfsgerechtigkeit des Angebots in erster Linie im regionalen Rahmen, der auch das Lebensumfeld junger Menschen darstellt, erfolgen muss. Dies ist Aufgabe der kommunalen Jugendhilfeplanung. Der Landesebene kommt die gesetzliche Aufgabe zu, die Arbeit der öffentlichen und freien Träger anzuregen und zu unterstützen. In den vergangenen Jahren wurden die Förderungen im Bereich der Jugendarbeit insgesamt und in Bezug auf spezifische Schwerpunkte wie die aufsuchende Jugendarbeit erheblich ausgebaut. In Hessen ist eine durchgehende Förderung der Träger der außerschulischen Jugendbildung und der Jugendverbandsarbeit durch eine gesetzliche Beteiligung an den Einsätzen nach § 8 Hessisches Glücksspielgesetz vorgesehen. Diese Mittel wurden zuletzt zum 1. Januar 2020 um 10 % erhöht und sollen zum 1. Januar 2022 erneut um 10 % erhöht werden (derzeit im Gesetzgebungsverfahren). Insgesamt umfasst diese Förderung dann mehr als 10 Mio. € jährlich, mit der dazu beigetragen werden soll, dass eine landesweite

Infrastruktur an Angeboten sichergestellt ist. Mit diesen Förderstrukturen entspricht das Land auch der kommunalen Selbstverwaltung und der Trägerautonomie und ermöglicht eine ortsnahe, bedarfsgerechte Planung. Daneben stehen im Landeshaushalt umfangreiche Fördermittel für den Bereich der Jugendarbeit zur Verfügung. Gefördert werden beispielsweise Kinder- und Jugendfreizeiten, die Freistellung von Betreuungskräften im Rahmen solcher Maßnahmen, Sondermaßnahmen der Jugendhilfe (z.B. Modellprojekte, Veranstaltungen, Studien) oder Maßnahmen der Internationalen Jugendarbeit. Zu den aktuell geförderten „Sondermaßnahmen“ gehört ein Projekt zum Aufbau der Kommunikations- und Vernetzungsplattform zur digitalen Jugendarbeit, ein Projekt zur Extremismusprävention und politischen Bildung in der Jugendsozialarbeit und ein Projekt zum Empowerment von Mädchen. Weiterhin beginnt 2021 die seitens des Hessischen Landtages beschlossene Förderung von zwei Hanauer Jugendhäusern (2021-2024). Entsprechend den Zielsetzungen des Koalitionsvertrags der die Landesregierung tragenden Parteien werden ab 2021 ferner Modellprojekte der aufsuchenden Jugendarbeit im ländlichen Raum gefördert. Bereits seit mehreren Jahren fördert das Land in diesem Segment der Jugendarbeit das Projekt Mädchenbus Nordhessen. Durchgehend wird das Gewaltpräventionsprojekt „Prävention im Team“ umgesetzt.

Das Ministerium für Soziales und Integration schreibt ferner regelmäßig mehrjährige, wissenschaftlich begleitete Jugendaktionsprogramme aus, in deren Rahmen Projekte zur Entwicklung und Erprobung neuer Methoden und Ansätze der außerschulischen Jugendbildung gefördert werden. Das nächste Jugendaktionsprogramm zum Thema „Zwischen Einbringen und Ausprobieren: Beteiligung und (Frei-)Räume für Partizipation und Demokratie“ mit einem Fördervolumen von bis zu 1,7 Mio. € findet mit ca. 15-20 Projekten unterschiedlicher Träger von 2022-2024 statt. Viele der angemeldeten Projekte umfassen auch Elemente aufsuchender Jugendarbeit, die eingesetzt werden, um Jugendliche anzusprechen, die durch gruppen-, veranstaltungs- oder projektbezogene Angebote häufig nicht erreicht werden können. In mehreren Projekten sollen gezielt unterschiedliche Arbeitsformen eingesetzt werden, um junge Menschen in möglichst breitem Umfang zu erreichen.

Das Land fördert ferner durchgehend Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte zu verschiedenen Schwerpunktthemen. Regelmäßig bietet beispielsweise die Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Street Work mehrteilige Fortbildungsmodule auf Grundlage der auch vom Landesjugendhilfeausschuss als Empfehlung beschlossenen „Praxisbausteine Mobile Jugendarbeit“ an. Daneben veranstaltet die Landesarbeitsgemeinschaft Fachtage zu ihrem Arbeitsfeld. Zu den 2021 geförderten Fortbildungen im Feld der Jugendarbeit gehört weiterhin eine Fachtagung des bsj Marburg e.V. zum Thema „Aktuelle Herausforderungen der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit“, welche auf die vorliegende Studie unmittelbar Bezug nimmt. Daneben soll die Studie auch im Landesjugendhilfeausschuss vorgestellt und mit den dort vertretenen Expertinnen und Experten auf Landesebene erörtert werden. Weiterhin fördert das Land im Jahr 2021 im Feld der Jugendarbeit Fortbildungsveranstaltungen bzw. Fachtage u.a. zur Jungenarbeit, zur Mädchenarbeit, zur Internationalen Jugendarbeit, zur Medienpädagogik und zum Jugendschutz, zur kommunalen und zur verbandlichen Jugendarbeit, zur Online-Jugendbildung und zur Jugendbeteiligung. Mehrere der genannten Veranstaltungen finden jährlich zu wechselnden Schwerpunktthemen statt und bieten auf diese Weise in den jeweiligen Feldern der Jugendarbeit die Möglichkeit der überörtlichen Fortbildung und Vernetzung. Dies ist auch ein von den Autoren der Studie in besonderer Weise hervorgehobenes Anliegen.

Von 2021 bis 2023 stehen im Bereich der Jugendarbeit zusätzlich Mittel aus dem Bundesprogramm „Aufholen für Kinder- und Jugendliche nach Corona“ zur Verfügung. Die für Maßnahmen der Jugend- und Schulsozialarbeit sowie der Jugendarbeit vorgesehenen Mittel werden den Gebietskörperschaften (Jugendämtern) und dem Hessischen Jugendring anteilig zugewiesen. Diese koordinieren die Mittelvergabe und entscheiden im Austausch mit den freien Trägern vor Ort bzw. den Mitgliedsverbänden über die Verwendung. Auf diese Weise soll eine ortsnahe, bedarfsgerechte und mit möglichst geringem Verwaltungsaufwand verbundene Umsetzung gewährleistet werden. Aus der Berichterstattung der Mittelempfänger wird abzulesen sein, in welchen Segmenten der Jugendarbeit und Jugendhilfe ein zusätzlicher Angebotsbedarf gesehen wird. Diese Befunde können ebenso wie Ergebnisse von Studien und Projekten oder Rückmeldungen aus der Praxis der Jugendarbeit in den weiteren jugendpolitischen Diskurs und die Fortentwicklung des Arbeitsfeldes einfließen.

Wiesbaden, 16. August 2021

In Vertretung:
Anne Janz